

Sperrfrist: 17.12.2009, 18.30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, verehrte Damen und Herren,

ein bewegendes Jahr 2009 liegt hinter uns. Es war das ausgerufene Jahr des Standortmarketings. Unsere Gemeinde hat die Chance genutzt und sich bundesweit einen ausgezeichneten Namen erarbeiten können. Beim Haushalt des Jahres 2009 war beispielsweise an mehreren Stellen die Handschrift des großen Bundesschützenfestes zu erkennen. Zigtausende Menschen haben Hövelhof als äußerst gastfreundigen Ort kennengelernt, deren Menschen nicht nur hervorragend organisieren können, sondern auch eine besonders herzliche Atmosphäre ausstrahlen. Durch dieses Fest entstand in Hövelhof ein Zusammengehörigkeitsgefühl, was durchaus Gänsehautcharakter hatte. Die auswärtigen Besucher sind noch heute voll des Lobes über die Organisatoren und unsere gastfreundigen Bürger am Straßenrand.

Im Mai dieses Jahres konnten wir das neue Schützen- und Bürgerhaus in Betrieb nehmen. Unsere Bürger haben 40.000 ehrenamtliche Stunden in das Gebäude investiert. Unglaublich, welch Motivation und Enthusiasmus hier an den Tag gelegt wurde. Bereits jetzt ist erkennbar, dass eine Kultur- und Begegnungsstätte entstanden ist, die unseren Standort Hövelhof für die Zukunft noch attraktiver erscheinen lässt. Gerade im Hinblick auf die demographische Entwicklung und den damit verbundenen Wettbewerb der Kommunen um Einwohner und Gewerbetreibende ist es unerlässlich, ein Kultur- und Ausstellungsgebäude in unmittelbarer Nähe zu haben. Der Investitionskostenzuschuss der Gemeinde bietet einen nachhaltigen Beitrag für die positive Entwicklung unserer Gemeinde, zumal die Halle weiterhin ehrenamtlich verwaltet wird.

Im Juni haben wir im Ortsteil Riege ein Stück der Berliner Mauer in Erinnerung des 20. Jahrestages der friedlichen Revolution aufgestellt. Dieser Gedenkstein soll uns nicht nur an die sozialistischen Gräueltaten in der DDR erinnern, sondern uns auch bewusst werden lassen, dass das freiheitliche Denken der Väter des Grundgesetzes langfristig dem Staatsdenken der Kommunisten überlegen war. Hier möchte ich insbesondere auch auf den Artikel 28 des Grundgesetzes verweisen, der den Gemeinden die Existenz und das Recht auf Selbstverwaltung garantiert. Alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft sollen von den Kommunen in eigener Verantwortung geregelt werden können.

Zur Selbstverwaltung gehört insbesondere die Daseinsvorsorge für unsere Bürger. Nach der „Maslowschen Bedürfnispyramide“ könnte man dies auch die Grundausrüstung der Bürger nennen: Wohngebiete, Gewerbegebiete, Straßen und Kanäle, Schulen und Kindergärten.

Die Selbstverwaltungsgarantie beinhaltet auch eine Finanzautonomie und damit verbunden die ausreichende Finanzausrüstung der Kommunen. Doch was ist in den letzten Jahren passiert? Die Regierungen in Berlin haben sich stets neue soziale Wohltaten und Umverteilungsmechanismen einfallen lassen, deren Erfüllung und Finanzierung oftmals den Kommunen aufgelastet wurden.

Bestes Beispiel ist die Finanzierung der Leistungen für Anspruchsberechtigte nach dem SGB II, besser bekannt als Hartz IV. In einer Nacht- und Nebelsitzung wurde seinerzeit mit vielen handwerklichen Fehlern die Zusammenlegung der Sozial- und Arbeitslosenhilfe beschlossen. Die gemeinsame Trägerschaft in der ARGE wurde ja erst jüngst vom Bundesverfassungsgericht zurückgepfiffen. Hatte sich der Bund anfänglich noch mit 29,1 % und zwischenzeitlich sogar mit 31,2 % an den Unterkunftskosten beteiligt, sind für das Jahr 2010 nur noch 23 % geplant, d.h. 77 % der Kosten für Unterkunft und Heizung der SGB II-Empfänger zahlen inzwischen die Kommunen. Zusätzlich haben die Sozialgerichte entschieden, dass auch ein Schlafzimmer zu beheizen ist. Mehrkosten allein für den Kreis Paderborn: 700.000 €. Durch die Finanz- und Wirtschaftskrise wird ein deutlicher Anstieg der Bedarfsgemeinschaften im Kreis Paderborn auf 13.700 prognostiziert. Die zukünftig getrennte Trägerschaft wird weitere Millionenmehrbelastungen verursachen. Ich fordere den Gesetzgeber auf, das Verfassungsgerichtsurteil nicht zu nutzen, den Bund weiter zu Lasten der Kommunen zu bevorteilen. Insbesondere dürfen wir nicht zum reinen Erfüllungsgehilfen der Bundesanstalt werden, sondern möchten bei der Grundentscheidung, ob jemand Anspruchsberechtigt ist, beteiligt sein. Ansonsten befürchte ich eine Verdrängung vieler Anspruchsberechtigter in den komplett kommunalfinanzierten Bereich der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Auch hier sind die Kosten zuletzt überproportional gestiegen. Seit der Einführung im Jahr 2003 haben sie sich nahezu verdreifacht.

Die Mehrbelastungen summieren sich insgesamt für den Kreis Paderborn gegenüber dem Vorjahr auf rund 21 Mio. €. Dieser zieht einen Strich unter seine Summen und legt den Fehlbetrag komplett auf die Kommunen um. Auf einen Griff in die Ausgleichsrücklage wird dort verzichtet, weil die zu hoch angesetzten RWE-Aktien abgewertet werden müssen. Hier hätte ich mir eine nachträgliche Korrektur der Eröffnungsbilanz gewünscht, damit wären zumindest 2/3 der Ausgleichsrücklage erhalten geblieben.

Für Hövelhof bedeutet der volle Rückgriff auf die Kommunen im kommenden Jahr eine Mehrbelastung von 866.000 €! Fast soviel wie unser sinnvoll angelegter, heiß diskutierter Einmalzuschuss für das Schützen- und Bürgerhaus im vergangenen Jahr. Insgesamt werden wir an den Kreis Paderborn im kommenden Jahr 9,45 Mio. € zu überweisen haben. Das ist fast **40 % unseres Aufwandsvolumens und gegenüber dem Jahr 2006 eine Steigerung von 2,5 Mio. €**. Dies kann keine Kommune auffangen. Egal, an wem es auch immer liegt: Die übergeordneten Behörden saugen derzeit das letzte Blut aus unseren kommunalen Adern.

Gleichzeitig brechen auch in Hövelhof die Ertragspositionen weg: Minus 400.000 € bei der Schlüsselzuweisung, minus 1,5 Mio. € bei der Gewerbesteuer und minus 800.000 € bei den Einkommensteuern summieren sich auf 2,7 Mio. € Ertragsminderung gegenüber dem Jahr 2009, in dem wir ja bereits ein Minus von 2,3 Mio. € veranschlagen mussten.

Nach den gerade erwähnten Zahlen müssten wir eigentlich ein Minus von 5,9 Mio. € ausweisen. **Nur durch enorme Kürzungen bei den Unterhaltung- und Betriebsaufwendungen konnten wir das Verlustergebnis auf knapp unter 4,5 Mio. € deckeln.**

Gegen die beschriebenen äußeren Einflüsse kann jedoch derzeit keine Kommune ansparen. Selbst eine Steuererhöhung auf die fiktiven Hebesätze des Landes würden uns lediglich Mehrerträge von rund 300.000 € bringen. Es kann jedoch nicht sein, dass wir vor Ort unseren Bürgern in die Tasche greifen sollen, während in Berlin ein Wachstumsbeschleunigungsgesetz mit Steuererleichterungen beschlossen wird. Deshalb kann ich Ihnen **keine Steuererhöhungen** empfehlen. Auch die Gebühren bleiben im kommenden Jahr konstant.

Wir haben in den vergangenen Jahren bereits fast alles auf den Prüfstand gestellt: Durch die Bildung eines Hausmeisterpools konnte eine von sechs Stellen eingespart werden. Die

Umsetzung hat viel Zeit und Überzeugungsarbeit bedurft und bringt letztendlich 50.000 € Ersparnis. Ein Tropfen auf den heißen Stein gegenüber der Mehrbelastung durch den Kreis!

Durch Neuausschreibung allein der Strom- und Versicherungsverträge können jährlich 30.000 € eingespart werden. Ein Tropfen auf dem heißen Stein gegenüber den Kreisforderungen.

Bei der Unterhaltung unserer öffentlichen Verkehrsflächen wird im kommenden Jahr nur das Notwendigste möglich sein. Ersparnis: Rund 200.000 €. Was nützen diese gegen eine Kreisumlagerhöhung von 850.000 €?

Im Friedhofsbereich haben wir 100.000 € zusammengestrichen. Wofür nur?

Gegen die Keule der übergeordneten Aufgabenträger haben wir keine Chance. Was uns bleibt ist das große bürgerschaftliche Engagement unserer Hövelhofer, denen wir die **freiwilligen Zuschüsse nicht kürzen dürfen**. Wenn dann tatsächlich in zwei Jahren kein Speck mehr da ist und wir ausgemergelt wie fast alle nordrhein-westfälischen Kommunen in ein Haushalssicherungskonzept rutschen sollten, soll doch bitte auch unsere Aufsichtsbehörde den Bürgern die Gründe dafür erläutern. Mit den enormen jährlichen Verlusten der Wewelsburg oder einer Abwertung von RWE-Aktien wird sich auch der ehrenamtlich Engagierte als Erklärung nicht zufrieden geben können.

Lassen wir doch die Ressourcen zunächst vor Ort, in der Keimzelle der Demokratie. Auch die staatstragenden Politiker sind doch Bürger einer Kommune, schicken ihre Kinder in kommunale Kitas und Schulen und fahren auf asphaltierten Wohnstraßen. Auch die hohen Beamten in den Ministerien können doch ihren Heimatmantel nicht an der Garderobe ablegen und das ganze als Ringkampf ansehen, bei dem der Obere den Unteren besiegt! Wir alle stehen in der Verantwortung für die Menschen der Region. Lasst uns unser Geld für die kommunalen Aufgaben und tragt die Aufwendungen für die staatlichen Aufgaben, zu denen ich auch die soziale Gerechtigkeit zähle, gefälligst selbst. Hiermit möchten wir uns nicht aus der Verantwortung stehlen: Die Aktion „Brot und mehr“ in Hövelhof zeigt gerade jetzt auch in der Weihnachtszeit, dass unsere Bürger durchaus bereit sind für die ärmeren Menschen einzustehen. Hier wird unkonventionell und mit Herz geholfen. Oftmals sind die Kommunen natürlich näher dran am Geschehen. Doch Art. 104 a des Grundgesetzes spricht von einem Konnexitätsprinzip: Danach müssen Aufgabenwahrnehmung und Ausgabenverantwortung bei derselben staatlichen Ebene liegen. Ich möchte nur noch einmal daran erinnern!

Glücklicherweise hat Hövelhof seine Hausaufgaben in den letzten Jahren gemacht. Die Infrastruktur ist im Gegensatz zu anderen Kommunen bestens aufgestellt. Auch wenn wir die eine oder andere Unterhaltungsmaßnahme nun ein wenig aufschieben müssen, werden wir die nächsten Jahre überstehen. Mittelfristig wird Hövelhof nicht zu den Verlierern gehören, weil hier die Zeichen der Zeit rechtzeitig erkannt worden sind. Die politisch Verantwortlichen haben bereits seit Jahrzehnten die Weichen für eine positive Zukunft gestellt. Steigende Einwohnerzahlen, ein wirtschaftlicher Investitionsboom und die Schaffung von ständig neuen Arbeitsplätzen lassen uns hoffnungsvoll nach vorne schauen. In diesem Jahr konnte unsere Kommune entgegen aller Trends um **rund 100 Einwohner auf jetzt 15.843 wachsen**. Mit 174 Geburten gab es hier einen beeindruckenden Anstieg von über 20 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum und damit einen deutlichen Geburtenüberschuss. Auch die Vermarktung unserer Wohngebiete am Grünen Weg und in Riege lief überraschend gut und wird den positiven Einwohnerntrend weiter verbessern. Die sichtbaren Investitionen im neuen Industriegebiet „Sprung über den Hallerbach“ sind fast abgeschlossen und werden mittelfristig für mehr als dreihundert neue Arbeitsplätze sorgen.

Ich möchte daher auch an dieser Stelle noch einmal mein Statement aus der Antrittsrede wiederholen: **Die Gewerbesteuer ist für die Kommunen unerlässlich**. Wer innovativer ist und auch einmal bereit ist, Natur- und Landschaftsteile für die wirtschaftliche Entwicklung zu

opfern, wird langfristig mit höheren Erträgen belohnt. Eine Gleichmacherei, wie sie durch ein Hebesatzrecht auf die Einkommenssteuer entstünde, fördert den Standortwettbewerb nicht. Mit den 7 Mio. Gewerbesteuererträgen im ablaufenden Jahr gehören wir im Kreis Paderborn nach wie vor pro Kopf zu den Spitzenreitern, auch wenn die Prognosen im Jahr 2010 einen Einbruch vorsehen. Sobald jedoch der erhoffte Aufschwung eintritt, können unsere solide arbeitenden Unternehmen wieder durchstarten und werden uns mit ihrer Steuerkraft am Erfolg partizipieren lassen. Da bereits drei heimische Firmen dringend auf weitere Gewerbeflächen warten, müssen wir im kommenden Jahr unsere Erweiterungsplanungen forcieren. Durch eine Regionalplanänderung wird uns die Bezirksregierung voraussichtlich noch einmal eine Arrondierungsfläche genehmigen. Gleichzeitig gilt es, mittelfristig eine großflächige interkommunale Lösung anzustreben. Aus diesem Grund haben wir den Ansatz für Planungskosten im kommenden Jahr auf 75.000 € erhöht.

Auch an unserem Masterplan 2020 sollten wir im kommenden Jahr weiter arbeiten. Die Verbesserung des Ortskernes wird uns nur mit Fördermitteln gelingen. Hierzu bedarf es eines integrierten Handlungskonzeptes, bei dem Bürger, Einzelhändler und Grundstückseigentümer beteiligt werden sollen. Unser neuer Bauamtsleiter wird sich dieser Thematik persönlich annehmen müssen.

Wir werden auch innerhalb der Verwaltung noch einmal alle Aufwendungen auf den Prüfstand stellen. Das in Kürze fertiggestellte Klimaschutzkonzept wird uns helfen, weitere Betriebskosten zu senken. Bevor die Aufsichtsbehörden uns noch intensiver auf die Finger schauen dürfen, müssen unsere Hausaufgaben erledigt sein, auch wenn **das Finanzloch strukturell bedingt** ist und derzeit von keiner Kommune in der Region gestopft werden kann.

Auch sollten wir die Krise als Chance nutzen, um über Synergieeffekte nachzudenken, beispielsweise bei der interkommunalen Zusammenarbeit. Hövelhof hat durch seine Industriebauten in den letzten Jahren enorme Baugenehmigungsgebühren in die Kreiskasse gespült. Hätten wir ein eigenes Bauordnungsamt, wären wir an dieser Stelle selbst für unsere wirtschaftsfreundliche Politik belohnt worden. Auch die Gemeindeprüfungsanstalt hat bestätigt, dass eine eigene Wahrnehmung dieser Aufgabe sich finanziell trägt, zumal wir näher dran wären an den Interessen unserer Bürger. Die neue Gemeindeordnung sieht auch für Gemeinden unserer Größenordnung eine Lösung vor, in dem wir mit einer Nachbarkommune kooperieren. Ich darf sie daher herzlich bitten, mir den offiziellen Auftrag zu erteilen, in entsprechende Verhandlungen eintreten zu dürfen.

In den Vorjahren konnte ich an dieser Stelle stets eine Fülle von Investitionen bekannt geben. Die fremdbestimmten Belastungen haben jedoch auch starken Einfluss auf unsere Liquidität. Gleichzeitig bleiben weitere **Kreditaufnahmen für uns ein Fremdwort**. Wir werden uns daher im kommenden Jahr auf wenige Maßnahmen beschränken müssen. Größte Auszahlung wird die erste Rate in Höhe von 400.000 € für den **Kauf einer neuen Feuerwehrdrehleiter** sein, die im Jahre 2011 nach Zahlung einer weiteren Rate von 250.000 € ausgeliefert werden soll. Die alte Leiter genügt aufgrund ihrer Größe und des Alters nicht mehr den Sicherheitsansprüchen der gewachsenen Bebauung. Insbesondere im Industriegebiet und bei den Gebäuden am Hövelmarktplatz stellt sie ein Risiko dar. Wir alle kennen den enormen körperlichen und psychischen Einsatz, den unsere Feuerwehr bei vielen Großereignissen in den letzten Jahren an den Tag gelegt hat. Ich habe vollstes Vertrauen in die Führung dieser Wehr und weiß, dass die Sicherheitskonzepte besonders fachlich fundiert sind. Trotz aller Sparbemühungen dürfen wir Leib und Leben unserer Bürger und Feuerwehrkameraden nicht durch unterlassene Investitionen in Gefahr bringen und haben bei der Haushaltsveranschlagung hier eine oberste Priorität gesetzt.

Mit der Beschaffung eines **neuen HOT-Mobils**, für das wir 27.000 € veranschlagt haben, folgen wir der dringenden Empfehlung des HOT-Kuratoriums aus dem vergangenen Jahr.

Durch den Ersatz des abgängigen Fahrzeuges soll insbesondere die dezentrale Jugendarbeit des HOT-Teams in Espeln und Riege aufrecht erhalten bleiben.

Als einzige Straßenmaßnahme schlagen wir Ihnen den **hälftigen Ausbau der Kleestraße** vor. Der obere Teil dieser Wohnstraße ist inzwischen größtenteils bebaut. Mehrere Bürger haben nunmehr aufgrund der schlechten Straßenverhältnisse den Endausbau beantragt. Für die Maßnahme wurden 260.000 € an Auszahlungen und 130.000 € an Einzahlungen aus Erschließungsbeiträgen eingeplant.

Aus dem Konjunkturpaket II stehen noch 529.736 € für Infrastrukturmaßnahmen zur Verfügung, die im kommenden Jahr gemäß des engen Kriterienkatalogs investiert werden können.

Meine verehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe meine Ausführungen mit einem Hinweis auf unsere aktive Bürgerschaft begonnen, mit deren Hilfe wir unsere Aufgaben hier vor Ort weitestgehend selbst wahrnehmen konnten. Lassen wir also gerade in den Krisenzeiten die Köpfe nicht hängen, sondern uns vom Enthusiasmus der Vereine anstecken. Bestrafen wir nicht die Falschen sondern legen wir gemeinsam auch auf politischer Ebene die Finger in die Wunden der Verantwortlichen. Schauen wir bereits jetzt auf die Zeit nach dem Ende der Wirtschaftskrise und erheben wir 2010 zum „**Jahr der Zukunftsplanung**“.

Stellen wir gemeinsam die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft dieser Gemeinde!

Herzlichen Dank.